

Unsere Positionen



UnternehmensGrün, Bundesverband der grünen Wirtschaft

UnternehmensGrün e.V. ist ein ökologisch orientierter Unternehmensverband. Seit 1992 engagieren sich hier Unternehmer*innen, die Verantwortung für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft verbinden. Der Verein ist überparteilich, finanziell unabhängig, verfolgt keine wirtschaftlichen Interessen und ist als gemeinnützig anerkannt. Der Verband nimmt mit seinen Experten Einfluss auf Gesetzgebungsprozesse, wird bei Fachanhörungen im Bundestag gehört und entwickelt Konzepte für nachhaltiges Wirtschaften.

Der Bundesverband der grünen Wirtschaft setzt sich für Subsidiarität und Dezentralität von Wirtschaftsprozessen ein, kleine und mittlere Unternehmen stehen dabei im Fokus. Ein nachhaltiges Wirtschaftssystem braucht auch einen ordnungspolitischen Rahmen, der umwelt- und zugleich sozialverträgliches Wirtschaften belohnt und Ressourcenverschwendung sanktioniert.

Unsere Themen (Auswahl)

Steuer- und Mittelstandspolitik	2
Energie- und Klimapolitik	2
Arbeit & Soziales.....	3
Moderne Selbstverwaltung der Wirtschaft.....	4
Finanzpolitik	5
Freihandel & Investitionsschutz	5
Agro-Gentechnik	6

Steuer- und Mittelstandspolitik

UnternehmensGrün setzt sich seit seiner Gründung für eine ökologische Ausrichtung und Erneuerung der Wirtschaft ein. Denn nur eine umweltgerecht und dabei zugleich sozial agierende Wirtschaft kann unseren Wirtschaftsstandort langfristig sichern und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Ein Baustein unserer nachhaltigen Wirtschaftspolitik ist die Umsetzung einer Steuerpolitik, die Anreize für den sozial-ökologischen Umbau setzt. So unterstützte der Verband das 1999 verabschiedete Gesetz zum „Einstieg in die ökologische Steuerreform“. In dessen Folge sank nicht nur der CO₂-Ausstoss kontinuierlich, es wurde auch ein ökologischer Lenkungseffekt erzielt. Ein Lenkungseffekt in dem Sinne, dass durch die „Ökosteuer“ das Bewusstsein für den Energieverbrauch zugenommen hat. Heute ist der effiziente Einsatz von Energie in der Wirtschaft zu einem Wettbewerbsfaktor geworden; Effizienzmaßnahmen führen zu Kosten- und CO₂-Einsparungen.

Unsere Mitglieder sind der Überzeugung, dass gerade durch den respektvollen Umgang mit Menschen und den Grenzen der natürlichen Lebensgrundlagen Werte geschaffen werden, die eine konventionelle Wirtschaftsweise nicht erreicht.

Wir fordern:

- eine umweltorientierte Förder-, Steuer- und Abgabepolitik
- den Abbau umwelt- und klimaschädlicher Subventionen
- eine Verschärfung der Konzernbesteuerung, die die Steuern standortbezogen erhebt
- die Schließung von Steuer-Schlupflöchern, die eine Rechnungsstellung aus dem (EU-) Ausland für Unternehmenskonzepte, Lizenzen usw. attraktiv macht
- die ehrliche Umsetzung einer Schuldenbremse mit gleichzeitiger Eindämmung von Schattenhaushalten
- eine ökologisch orientierte Beschaffungs- und Investitionspolitik
- Förderung von Unternehmertum und Existenzgründungen durch aktive Begleitung der Genehmigungsprozesse, Bürokratieabbau usw.
- Kleinunternehmerfreibetrag (§ 19 UStG) von 17.500 auf 25.000 Euro anheben
- Beibehaltung der sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse

Energie- und Klimapolitik

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat viele Väter und Mütter – eine/r davon ist UnternehmensGrün. Die Förderung erneuerbarer Energien ist ein Kernanliegen des Verbandes. Das EEG hat den so notwendigen Beginn des Umbaus unseres Energiesystems ermöglicht und die regenerativen Energien erfolgreich gemacht. Mit Blick auf Generationengerechtigkeit und die globale Klimagerechtigkeit ist der Verzicht auf fossile Kraftwerke und Kernenergie ohne Alternative. Einige unserer Mitglieder sind Pioniere in der

Nutzung erneuerbarer Energien oder der Umsetzung von alternativen und effizienten Energiesystemen in ihren Betrieben.

Wir sind Ansprechpartner für die Politik in Energiefragen, die kleine und mittelständische Unternehmen in ganz Deutschland betreffen. Viele unserer Mitglieder engagieren sich parallel für Energie in Bürger*innenhand und somit für die Demokratisierung der gesamten Energieinfrastruktur.

Mit diesem Hintergrund hat unsere energiepolitische Agenda eine klare Richtung:

- konsequenter Umbau der Energieversorgung hin zu 100 % erneuerbaren Energien (EE) und keine restriktive Begrenzung von Ausbaukorridoren von Erneuerbaren
- Förderung dezentraler, kleinstrukturierter und demokratischer Energieversorgung in Bürgerhand
- Reduzierung der Industrierabatte auf tatsächlich energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Branchen, ohne Wettbewerbsverzerrung zwischen nur im nationalen Wettbewerb stehenden KMUs und international agierenden Unternehmen
- keine Umlagen auf erneuerbaren Eigenstrom und die Eigenstromversorgung aus hoch-effizienter Kraft-Wärme-Kopplung
- keine verpflichtende Direktvermarktung für Erzeuger regenerativer Energien, da diese eine Privilegierung der Großvermarkter bedeutet
- ein umlagefinanziertes Fondsmodell für eine verlässliche Finanzierung der energetischen Gebäudesanierung – eine Finanzierung soll zunächst durch Vermieter erfolgen, nach erfolgreicher Sanierung kann ein Teil der Kosten auf Mieter umgelegt werden
- gesetzliche Festlegung des Begriffs „Ökostromanbieter“, der den Ausbau der erneuerbaren Kapazitäten durch die Anbieter in Deutschland einschließt
- neue Anreizprogramme für die Umwandlung und Speicherung von EE

Arbeit & Soziales

Als nachhaltige Unternehmer*innen liegen uns die soziale Ausgestaltung der Arbeitsplätze und ein wertorientierter Umgang mit den Mitarbeiter*innen am Herzen. Um den Menschen individuell gerecht werden zu können, fordert UnternehmensGrün unter anderem Flexibilisierungen in den Bereichen Renteneintrittsalter und Übergang von geringfügigen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Gerade Unternehmen, die heute schon nachhaltig wirtschaften, dürfen nicht so stark durch den Faktor Arbeit belastet werden. Daher setzt sich UnternehmensGrün für eine stärkere Belastung des Naturverbrauchs und den Abbau umweltschädlicher Subventionen ein – die Einnahmen daraus sind für die Entlastung des Faktors Arbeit zu verwenden. Die Idee einer Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, schließt eine weitere Gerechtigkeitslücke im Sozialsystem.

Wir fordern im Bereich Arbeit & Soziales:

- die Entlastung des Faktor Arbeit und stattdessen zur Gegenfinanzierung die stärkere Belastung des Faktors Naturverbrauch sowie den Abbau umweltschädlicher Subventionen;
- Beibehaltung der Rente mit 67, Flexibilisierung abhängig von Arbeitsfähigkeit und Beschäftigungsdauer
- Erleichterung der Weiterarbeit nach Renteneintritt durch Änderungen im Bereich der Sozialabgaben;
- eine Bürgerversicherung als Basis im System der Kranken- und Rentenversicherung, in die sowohl Selbstständige als auch abhängig Beschäftigte und Beamte einzahlen;
- die gezieltere Unterstützung von Langzeitarbeitslosen durch die Schaffung einfacher Anreizsysteme;
- Attraktivere Gestaltung der Übergänge von geringfügigen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse;
- Qualitativ gute Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von der sozialen Stellung und Einkommen der Eltern, mit verstärktem Engagement in der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Moderne Selbstverwaltung der Wirtschaft

UnternehmensGrün setzt sich für ein unabhängiges Kammersystem ein. Industrie- und Handelskammern erfüllen ihren Zweck in der Dualen Ausbildung von Nachwuchskräften für die Wirtschaft. Sie sollten unserer Ansicht nach keine politischen Aufgaben wahrnehmen, die den Interessen von nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen zuwider laufen. Weiterhin widerspricht der Kammerzwang der verfassungsrechtlich garantierten Koalitionsfreiheit und fördert somit nicht die Ziele der nachhaltigen Wirtschaft.

Eine moderne, nachhaltige Wirtschaft braucht Koalitionsfreiheit und Transparenz.

Wir fordern daher:

- Dienstleistungsangebote der Industrie- und Handelskammern dürfen keine Konkurrenz für die zahlenden Mitgliedsbetriebe sein;
- Kammern und ihre Zusammenschlüsse dürfen keine Stellungnahmen abgeben, die den Interessen einer nachhaltigen Wirtschaft zuwider laufen (verfassungsrechtlich garantierte negative Koalitionsfreiheit);
- Bereitung eines Weges zu einer freiwilligen Mitgliedschaft, unter Berücksichtigung der besonderen Rolle bei der Sicherung und Förderung der Dualen Ausbildung;
- Kontrolle durch Dritte (z.B. Bundes- oder Landesrechnungshöfe) ermöglichen.

Finanzpolitik

Für UnternehmensGrün sind Finanzmärkte und Börsen kein Selbstzweck. Sie sollen dem Handel und der Beschaffung dienen. Doch allein das Volumen der gehandelten Werte zeigt, dass sich die Finanzmärkte mittlerweile zu weit von der Realwirtschaft entfernt haben. Längst wird auch mit Posten gehandelt, die aus der Sicht von UnternehmensGrün-Mitgliedern nicht handelbar sein sollten, beispielsweise Derivate auf Nahrungsmittel oder Währungen. Auch die Bewertung von Unternehmen durch Rating-Agenturen verfolgt keinen gemeinwohl-orientierten Zweck mehr. Die reine Auslegung von Märkten zum Zweck des Vermehrens von Geld aus Geld widerspricht einer nachhaltigen Wirtschaftsweise.

Finanztransaktionen dürfen nicht länger Selbstzweck, der Handel mit Derivaten auf Nahrungsmittel oder Währungen ein Geschäftsmodell sein. Wir fordern daher mit Blick auf eine nachhaltige Finanzpolitik:

- die Erfassung, Verlangsamung und Reduzierung von Finanzströmen durch Transaktionssteuern;
- ein Transparenzgebot für jede Kapitalgesellschaft;
- effektive Bank- und Finanzaufsicht mit weltweit kontrollierten Handelsplätzen;
- ein Verbot von Leerverkäufen und Derivaten auf Nahrungsmittel;
- die Schaffung regulierter Rohstoffbörsen;
- neben rein ökonomischen Erfolgsfaktoren auch Berücksichtigung weiterer Dimensionen von Nachhaltigkeit wie soziale Verantwortung oder Naturverbrauch bei Unternehmensbewertungen durch unabhängige Ratingorganisationen und mehr Transparenz beim Ratingprozess;
- Entwicklung neue Gehalts- und Prämiensysteme als Anreize für Vorstände und Manager*innen in großen Firmen, die an der nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens orientiert sind.

Freihandel & Investitionsschutz

Dass Freihandel auch Chancen bietet, ist unbestritten. Aber Wirtschaft, Umwelt und soziale Sicherheit müssen in einen vernünftigen Ausgleich zu Investitionsinteressen gebracht werden. Und die Verhandlungen, seien es nun die Verhandlungen der Welthandelsorganisation 1999 in Seattle, zu CETA oder TTIP müssen sich die Kritik gefallen lassen, dass sie intransparent und undemokratisch geführt werden. UnternehmensGrün wendet sich gegen die Einführung jeglicher Abkommen, die die Unabhängigkeit von Staaten bei der Einführung von Sozial- und Umweltstandards untergraben und die unabhängige Gerichtsbarkeit mit ihren Instanzenzügen zu umgehen versuchen. Dass EU und USA bei ihren Verhandlungen zu TTIP beispielsweise die Öffentlichkeit scheuen, ist ein Alarmzeichen.

Wir fordern daher:

- Transparente Verhandlungsführung, keine Geheimverhandlungen;

- Stopp der Verhandlungen zum TTIP;
- Ausschluss von Schadensersatz auf entgangenen Gewinn bei berechtigtem staatlichem und nationalem Interesse zur Abwehr eines überzogenen Investitionsschutzes;
- keine Vertragsgerichte bei Abkommen zwischen Staaten mit jeweils entwickelten Justizsystemen, sondern die Anrufung unabhängiger Gerichte inkl. Instanzenzug;
- bei der Notwendigkeit zu Vertragsgerichten, dann inkl. Instanzenzug und öffentlichen Verhandlungen;
- Aufrechterhaltung der vergleichsweise hohen EU Standards beim Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz sowie in der Lebensmittelherstellung.

Agro-Gentechnik

Gentechnisch veränderte Pflanzen werden von den Menschen in Deutschland und Europa abgelehnt. UnternehmensGrün setzt sich gegen die Verbreitung gentechnisch veränderter Organismen oder Produkten aus diesen ein. Eine vielfältige Landwirtschaft, die auch alte, ökologisch-gezüchtete und samenfeste Sorten einbezieht, ist unerlässlich für den Erhalt und Schutz von Biodiversität in der Landwirtschaft. Der Anbau und Vertrieb von Produkten ohne Gentechnik muss gewährleistet bleiben – schon heute leiden ökologisch wirtschaftende Betriebe, Imker usw. darunter, dass die Verunreinigung mit gentechnisch veränderten Pflanzen nicht lückenlos ausgeschlossen wird. Wir fordern daher:

- Überarbeitung des mangelhaften EU-Zulassungsverfahrens für gentechnisch veränderte Pflanzen;
- Schaffung rechtssicherer nationale Anbauverbote für in der EU zugelassene Gentechnik-Pflanzen ohne Konsultation der Unternehmen, generell und in voller Souveränität auch aus Gründen des vorsorgenden Gesundheits-, Umwelt- und Naturschutzes sowie aus sozio-ökonomischen und ethischen Erwägungen;
- keine weitere Freigabe von gentechnisch veränderten Pflanzen im Rahmen des aktuellen unzureichenden EU-Zulassungsverfahrens;
- keine Zulassungen, wenn nationale Anbauverbote nicht von der EU ermöglicht und von den Mitgliedsstaaten umgesetzt wurden;
- Schutz vor illegalem Import von nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen;
- Ausweitung der EU-Kennzeichnungsregeln für gentechnisch veränderte Lebensmittel auf tierische Produkte, wenn bspw. die Tiere mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert wurden;
- Anwendung des Verursacherprinzips: Diejenigen, die Gentechnik wollen, sollen für die Kosten der Separierung, der Kontrollen und Analysen zahlen, um die Gentechnikfreiheit und das Koexistenzgebot aufrecht zu erhalten.